



Textliche Festsetzungen

1.) Auf der Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung „Kindertagesstätte“ sind Einrichtungen für gesundheitliche und sportliche Zwecke i. S. d. § 3 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO unzulässig.

2.) Je angefangene 500m² Grundstücksfläche ist mindestens ein hochstämmiger heimischer Laub- oder Obstbaum anzupflanzen, zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Im Stammbereich anzupflanzender und zu erhaltender Bäume muss eine Fläche von mindestens 9m² unversiegelt bleiben und vor Bodenverdichtung geschützt werden.
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)
Die zur Erhaltung festgesetzten Bäume sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen.
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB)

3.) Nebenanlagen sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche nicht zulässig.
(§ 14 Abs. 1 BauNVO)

4.) Die für den Betrieb der Kindertagesstätte notwendigen Stellplätze sind durch mindestens einen großkronigen Laubbaum je angefangene 4 Stellplätze zu gliedern. Diese werden auf die nach 2.) anzupflanzende Anzahl von Bäumen angerechnet.
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

Planzeichenerklärung

1. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

I Zahl der Vollgeschosse
0,4 Grundflächenzahl (0,4) Geschossflächenzahl

2. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 23 Abs. 3 BauNVO)

— Baugrenze

3. Flächen für den Gemeinbedarf (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)

Fläche für den Gemeinbedarf - Kindergarten

4. Verkehrsflächen (§9 Abs. 1 Nr. 4,11 und Abs.6 BauGB)

Straßenverkehrsflächen Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
— Straßenbegrenzungslinie Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

5. Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Private Grünfläche

6. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 und Abs. 6 BauGB)

Bäume erhalten

7. Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans

Rechtsgrundlagen

Für diesen Bebauungsplan gelten:

- das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I. S. 1548)
- die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung -BauNVO-) in der Fassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I. S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I. S. 1548)
- das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Dezember 2012 (Nds. GVBl. Nr. 32/2012 S.589)

<p>Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (L4-89/2013 vom 30.04.2013). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.</p> <p>Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grenzen in die Örtlichkeit ist einwandfrei möglich.</p> <p>Hildesheim, den ..07.11.2013..... LGLN,Regionaldirektion Hameln, Katasteramt Hildesheim</p> <p>...gez. Köhler, VmAR.....</p>	<p>Für die Ausarbeitung des Planentwurfs.</p> <p>Hildesheim, den21.08.2013..... Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung</p> <p>...gez. Warnecke.....</p>
<p>Die Aufstellung dieses Bebauungsplanes wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am24.04.2013..... beschlossen.</p> <p>Hildesheim, den21.08.2013..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>...gez. Warnecke.....</p>	<p>Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplanes hat der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am12.06.2013..... zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.</p> <p>Hildesheim, den21.08.2013..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>...gez. Warnecke.....</p>
<p>Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom ..26.06.2013..... bis ..25.07.2013..... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen.</p> <p>Die Auslegung ist am18.06.2013..... mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Anregungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekanntgemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den21.08.2013..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>...gez. Warnecke.....</p>	<p>Dieser Bebauungsplan wurde gem. § 10 BauGB und § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom 23.09.2013 als Satzung beschlossen.</p> <p>Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigelegt, ihr wurde zugestimmt.</p> <p>Hildesheim, den ..25.09.2013.....</p> <p>...gez. Kurt Machans... (L.S.) Oberbürgermeister</p>
<p>Der Beschluss des Bebauungsplans ist gem. § 10 Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) am ..02.10.2013..... im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist damit am ..02.10.2013..... rechtsverbindlich geworden und liegt zu jedermanns Einsicht bereit.</p> <p>Hildesheim, den ..04.11.2013..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>...gez. Warnecke.....</p>	<p>Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans sind weder Verletzungen von Verfahrens- oder Formvorschriften noch Verletzungen der Vorschrift über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans noch Mängel des Abwägungsvorganges im Sinne von § 215 Abs. 1 BauGB geltend gemacht worden.</p> <p>Hildesheim, den ..09.12.2013..... Der Oberbürgermeister Im Auftrage</p> <p>...gez. Kraaz.....</p>

Stadt Hildesheim

Bebauungsplan HO 95

" Am Ortsschlump "

Maßstab 1:500

05/13